

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Oberdeutsche Zeitung. 1841-1843 1841**

358 (28.12.1841)



## Oberdeutsche Zeitung.

Die oberdeutsche Zeitung erscheint täglich, und wird in Karlsruhe als Abendblatt ausgegeben. Der jährliche Abonnementspreis beträgt 6 R., wozu bei dem Bezug durch die Post noch die Expeditionskosten kommen. Man abonnirt in Karlsruhe bei der Expedition des Blattes (W. Trautwein's Buchhandlung), hat aufwärts bei den bezirksweisen Postämtern.

Die großherzogliche Oberpostamt-Verwaltung in Karlsruhe hat die Hauptredaktion übernommen. Das Frankreich abennet man bei Herrn Alexander, Brantgasse Nr. 28, in Strassburg. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum einer vierzeiligen Zeitspalte mit 3 fr. (bei dem zweiten und jedem folgenden Abdruck mit 2 fr.) berechnet.

Karlsruhe.

Dienstag, 28. Dezember

1841.

## Französische Zustände.

Es geschieht den Franzosen jezuweilen, daß sie am Ende irgend eines Anlaufs sich bei einem ganz andern Ziele angekommen finden, als nach dem sie ausgerannt waren.

In ihrer ersten Revolution hatten sie es auf die konstitutionnelle Monarchie abgesehen, und mit Einem Mal fand es sich, daß das Ziel übersprungen war und Frankreich bis an den Hals im republikanischen Terrorismus steckte. Um sich herauszuhelfen, reichte man einem militärischen Diktator die Hand, und die Republik kam in das Vorzimmer eines Kaisers zu stehen. Uebermals allgemeiner Enthusiasmus: anstatt Ludwigs XVI. hatte man in anderer Art einen neuen Ludwig XIV. gewonnen, welcher Napoleon hieß. Nun ging es mit Ruhm vollauf und den glänzendsten Hochgefühlen auf die Welt Herrschaft los, bis an einem schönen Morgen „Guroya“ zum Gegenbesuch in Paris einzog. Der „unerfällliche Eroberer“ ward verlassen, kam zu einem großartigen Zwischenakt wieder, und sah zum zweiten Mal, wie man von ihm abfiel, um ihn mit seinem Unglück allein zu lassen.

Mit Jubel begrüßte man den langersehnten Friedenszustand, aber keineswegs, um ihn nun zu genießen, sondern um sich nach den Kriegsjahren zurückzusehen und den „Verträgen von 1815“ Fehde anzukündigen. Bei der Julirevolution spielte dieses Element der Unzufriedenheit in erster Reihe mit, und wäre gern zuvörderst auf den Rhein zugestürzt; allein auch hier wieder geschah das Unerwartete, und zwar diesmal nicht durch einen unversöhnen Zwischenfall, sondern durch den gesunden Verstand einer Richtung, welche solcher gefährlichen Experimente müde war. Die Partei des Kriegs schlüpfte sich zu der Republik, welche früher vom Krieg aufgefressen worden war; die Verschwörer von fünfzehn Jahren her wurden Generalprokuratoren, und die Revolutionäre der Restaurationszeit fanden sich als Konservative zusammen. Als endlich nach dem Vertrage vom 15. Juli die Kriegslust noch einmal in Flammen emporschlag, da ging die Sache damit aus, daß man den Frieden in Geltung erhielt, und für den Krieg die Rechnung bezahlte.

Auch der Presse ist es inmitten dieser Veränderlichkeiten nicht anders ergangen, als daß ihr im Erfolg häufig das Gegenteil von Dem eintraf, was sie sich erwartet hatte. In den letzten Jahren der Restauration hatte die französische Presse den höchsten Gipfel der Macht und des Einflusses erkliegen; zu der Julirevolution trug sie vermittelst dieser Macht am wirksamsten und entschiedensten bei; mit dem Siege derselben, sollte man denken, hätte ihr eine Steigerung des Einflusses erwachsen müssen, welche ins Unabsehbare ging. Die Presse schien Das auch zu glauben, aber es ist anders gekommen. Die vermehrte Freiheit führte zu einer vermehrten Konkurrenz; dem Einfluß der Presse von einem Standpunkt aus stand der Einfluß der Presse von einem andern entgegen; seit so viele Meinungen nebeneinander auf den Schauplatz getreten waren, spaltete sich das Publikum, und durch die Freiheit eben fand sich die vormalige Omnipotenz beschränkt und das natürliche Gleichgewicht hergestellt.

Es kostet lämer einige Zeit, bis sich eine in der Abnahme begriffene Macht an den Gedanken gewöhnt, ihre Mittel gegen frühin geringer anzuschlagen und von der Erfahrung eine gute

Lehre anzunehmen. Jetzt scheint die Pariser Presse nicht übel Lust zu haben, sich in die Situation von 1830 zurückzuwerfen, und als „vierte Staatsgewalt“ den drei „andern“ den Entscheidungskampf zu bieten, weil der Redakteur des Journal du Peuple vor dem Vairgericht eine Verurteilung erlitten hat, welche die Presse außerhalb der Presz-Gesetzgebung angreift. Allein die Streikräfte, welche hier in Frage kommen, sind nicht mehr dieselben, die sie vor zwölf Jahren gewesen. Seit der Julirevolution hat sich die französische Presse mehr als einmal getäuscht, wenn sie sich in den Glauben zurück versetzte, ganz Frankreich hinter sich stehen zu haben; es könnte sich treffen, daß sie auch diesmal ihre Kräfte überschätzte, und der Sache Schaden brächte, welche sie zu fördern gedenkt.

Wir interessieren uns nicht genug für die Einzelheiten der französischen Tagesgeschichte, um den Verhandlungen jenes Prozesses Schritt vor Schritt nachzugehen und daraus eine akienmäßige Kritik des Erkenntnisses über Dupont herholen zu wollen; jedoch scheinen uns diejenigen, welche den Spruch des Vairhofes mit einer strengeren Rechtsansicht unverträglich halten, die schlagendsten Gründe für sich zu haben. Aus Veranlassung eines Attentats, wenn keine andern Verbindungsäden ans Licht traten, durfte man Zeitungsartikel, welche die Staatsbehörde unverfolgt gelassen hatte, nicht so zu sagen als vergessene Verbrechen herbeiziehen. In England würde dieser unerwiesene „moralische Urheber“ wohl von keinem Gericht verurteilt worden seyn; in Deutschland hätte er mit der Untersuchungshaft davon kommen können. Allein angenommen, daß der französische Vairhof sich in der That von einem politischen Motiv hätte leiten lassen, als er jene spitzfindige Folgerung zu einem Entscheidungsgrund machte: mit welcher Aussicht auf Erfolg können die Parteien, die unter gleichen Eingebungen zu handeln pflegen, ihr Anathema darüber aussprechen?

Es gibt kaum eine Partei in Frankreich, welche nicht zu dupend Malen ein politisches Interesse über das strenge Recht gesetzt hätte. Das Geschwornengericht selbst, wo es über politische Vergehungen zu richten hat, wird gar nicht mehr dafür angesehen, daß es das Recht zu suchen habe, sondern man legt ihm politische Sympathien oder politische Abneigungen in den Mund. Wird der Angeklagte unschuldig gesprochen, so hat das „Land“ die Politik der „Regierung“ verurteilt; wird er für schuldig erklärt, so ist die „Nation“ aufgetreten, um dem „Ministerium“ eine politische Huldigung zu bringen. Ob ein Vergehen vorliege oder nicht, darum scheint es sich gar nicht zu handeln; der Angeklagte ist gleichsam nur da, um sich nach zwei Seiten hin- und herzerren zu lassen, und für diese oder jene Politik die Herenprobe zu bestehen.

Die französische Presse in Verfechtung ihrer Parteiinteressen hat immerdar gerade die Taktik verfolgt, welche sie jetzt dem Vairhofe vorwirft, und sie verfolgt sie noch in diesem Augenblick. Jetzt will sie an das Rechtsgefühl appelliren, das sie so eifrig zerstören half, und sucht nach einem Stützpunkt in Regionen, wo man ihren eigenen Bemühungen zufolge längst keinen Boden mehr findet. In dem Resultate, in welcher Weise es nun ausfallen möge, wird eine Moral liegen. Es gibt keine dauernde Macht außerhalb des Rechtes, und um den Rechtsinn für sich



anrufen zu können, darf man ihn nicht seinerseits auf die Seite gedrängt haben.

### Deutschland.

(Fränkischer Merkur.) Der Hamburger Korrespondent enthält ein Schreiben aus der hannoverschen Provinz Bremen, worin darzuthun versucht wird, daß Hannover vermöge seiner geographischen Lage und seiner örtlichen Verhältnisse nicht nöthig habe, sich dem großen Zollverein anzuschließen, sondern auch isolirt ohne Schaden für sich bestehen könnte. Dann heißt es weiter: „Wider unsern Willen vermag weder Macht noch Kunst von jenseits uns zum Anschluß zu drängen, namentlich nicht, wenn wir unsere südlichen Provinzen dadurch schützen, daß wir den Vertrag von 1837 nicht ohne Gegengabe fortsetzen, und keinen Augenblick ansetzen, gehemmte Durchfuhr mit erschwelter Einfuhr und Durchfuhr von jenseits in das Königreich zu vergelten, und wenn wir uns außerdem geschickt nach auswärtiger Hilfe und fremdem Rückhalt umsehen, die beide so fern nicht liegen, als man wohl jenseits meint.“ Wenn man in einem deutschen Blatt solche Worte liest, dann darf man sich nicht wundern, wenn sie auswärts ein hundertfaches Echo finden, wenn die fremde Annahme ohne weiteres als Schiedsrichterin über die Angelegenheiten Deutschlands aufzutreten sich für berechtigt hält. Glücklicher Weise sind es aber nur Wenige in Hannover, die so sprechen, und auf diese Weise tiefere Blicke in ihre Absichten und Bestrebungen thun lassen. Das hannoversche Volk, so getheilt auch seine Ansichten über den Anschluß an den großen Zollverein seyn mögen, denkt nicht so; am allerwenigsten will es fremde Hilfe, weil es weiß, daß sie nicht nöthig ist, und immer mehr Schaden, als Nutzen, bringt. Die Hannoveraner sind ein echt deutsches Volk: alle Versuche, sie auf andere Bahnen zu bringen, werden an ihrem Nationalstolz scheitern. Wenn man übrigens in Hannover von gewissen Seiten die isolirte Stellung für vortheilhafter hält, so wird es der Zollverein weder durch Macht noch durch Kunst dazu zwingen, diese aufzugeben. Wir wiederholen es, jene Rünste, die man im Ausland übt, um politische Zwecke zu erreichen, sind dem Rechtsinn der deutschen Nation fremd, und werden, wo sie sich einschleichen, mit der gebührenden Verachtung belohnt. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß sich der deutsche Zollverein, der so hoch in der Achtung der Nation steht, nie zu solchen Mitteln, deren nur die Ungerechtheit sich bedient, seine Zuflucht nehmen wird. — Die Hamburger Börse, die mit so großem Eifer und so geringem Erfolg bei jeder Gelegenheit gegen den Anschluß der Hansestädte an den deutschen Zollverein in die Schranken tritt, enthält von Zeit zu Zeit Artikel im Interesse Russlands, unter denen sich in der neuesten Zeit einer über die russische Gränzpyrrre besonders hervorhebt. Die Klagen der preussischen Ostprovinzen werden darin lediglich als Geschrei der preussischen Schmuggler bezeichnet. Den vielen dem Publikum vorliegenden Thatsachen gegenüber bedarf diese Insinuation keiner Widerlegung, obgleich es an einer solchen von Seiten der preussischen Blätter gewiß nicht fehlen wird. In Betreff des Hamburger Blattes wird der Leser auch ohne Kommentar im Reinen seyn. Es ist übrigens bemerkenswerth, daß gerade der Hamburger „unparteiische“ Korrespondent und die Börse sich zur Niederlage aller anti-nationalen Gesinnungen und Bestrebungen mit so großer Bereitwilligkeit herbeilassen.

(Kölnische Zeitung.) Wie im Norden Belgien sich mit jedem Tage der deutschen Stammverwandtschaft mehr und mehr zuwendet, und in seiner Hauptstadt selbst ein vermittelndes Organ der Presse entstanden ist, so leitet sich auch im Süden die Schweiz mit jedem Jahre dem Schoße der germanischen Mutter zu. Was für Belgien und Deutschland die „Gränzböten“ sind, das soll für Deutschland und die Schweiz der „Deutsche Bote aus der Schweiz“ werden, der von Neujahr an in Winterthur erscheint, und dessen Probenummern bereits überall hin versendet sind. Was ist nicht schon geholfen, wenn alle germanischen Stammverwandten für die gemeinsame Nationalität sich zu einer Harmonie verbinden? Dafür ist vor Allem eine ungetrübte historische Kenntniß der Familienglieder nöthig. Die deutsche Schweiz, obschon mit romanischen Stämmen zu gemeinsamem Bunde vereinigt, hat doch nie angehört, in den tiefsten Beziehungen des geistigen und gemüthlichen Lebens deutsch zu seyn. Man hat es freilich, und nicht ohne Gr-

folg, versucht, die deutsche Blutverwandtschaft der Schweiz zu verleugnen und von einer „helvetischen Nation“ gefabelt. Johannes v. Müller, der viel gepriesene und viel geschmähte Mann, ist hier zum historischen Lügner geworden. Durch ihn ist jenes Phantom einer „schweizerischen Nationalität“ so angeschwellt worden, daß es sich nun über ganz Europa breit macht; er hat diese großartige Fabel mit Schmeichelworten in die Seele des lebenden Geschlechts geschrieben, und alle natürliche Ansicht der Dinge so verwirrt, daß man sich gar nicht recht versteht; er hat die Trennung der Schweiz von Deutschland zum unverletzlichen Grundsatz für seine Landsleute gemacht. Hier ist wirkliche Schuld. Ein so begabter und gelehrter Mann mußte wissen, daß die Geschichte der Schweiz nur als ein Theil der deutschen verstanden werden kann, und daß sein Gegenstand nicht ein in sich abgeschlossenes Heldenvolk ist, sondern ein tapferer Zweig einer tapferen Nation, in Gemüthsart und Geschick dieser verwandt von Anfang an bis heute. Mit der Richtung, die Müller den Ansichten seiner Landsleute gab, zerriß das letzte Band; auch der schöne Antheil der Schweizer an dem deutschen Bildungsgang war nicht mehr möglich, seitdem sie es politisch und geistig auf ein Ur-Schweizerthum anlegten, und sich als eine Nation von Gottes Gnaden in den europäischen Völkerbund eindrängen wollten. Mit solchen Theorien ließe sich eben so wohl eine bayerische und schwäbische Nationalität der deutschen entgegenstellen. Allein die Ahnen der heutigen Schweizer waren einer der reinsten deutschen Stämme, wie seine unvermischte Sprache zeugt, und die Versuche, das moderne Schweizerthum an die helvetische Vorzeit anzuknüpfen, ermangeln aller Begründung. Eine von der deutschen getrennte Schweizergeschichte fängt eigentlich wohl mit dem Nütlibunde an, und daraus weiß die Dialektik Müllers eine so glückliche Konfusion in den historischen Thatsachen anzurichten, daß man sich von den Dreihundertjahren gar zu gerne in Zug und Irng verstricken ließ. Allein der Nütlibund riß die Kantone ja nur von der Habsburger Gewalt, nicht von der deutschen Reichsgewalt los. Der westphälische Friede sanktionirte freilich die Unabhängigkeit der Republik, so wie er deutsche Urlande an Frankreich und Schweden abtrat. Allein damit wurde wohl der Besitz, aber nimmermehr das Naturrecht und die Verwandtschaft des Blutes geändert. In der Erkenntniß dieser historischen, moralischen, und politischen Wahrheit, hoffen wir, soll der „Deutsche Bote aus der Schweiz“ geschrieben werden. Der geistige Bund geht immer dem leiblichen voraus. Es ist ein Naturgesetz, daß jene die Schweiz mit Deutschland schließen mußte, und diesem wird sie nach der unabänderlichen Ordnung der Dinge nicht entgehen. In der schweizerischen Staatsmaschine sind so viele Räder zerbrochen, daß kein Blickwerk mehr helfen kann, sondern ein neuer Bau geschehen muß, welcher unter das schützende Dach Deutschlands gehört.

Wien, 21. Dez. Ich habe Ihnen heute die für ganz Deutschland interessante, insbesondere aber für den Kaiserstaat hochwichtige Nachricht mitzutheilen, daß Sr. Maj. der Kaiser den Bau dreier großartigen Eisenbahn-Linien, nämlich: 1) von hier über Prag nach Dresden, 2) von hier an die bayerische Gränze, und 3) von hier nach Triest auf Staatskosten zu beschließen geruht hat. Da sich diese neuen Bauten zweifelsohne an die bereits fertigen Strecken der Nord- und Südbahn, und zwar die erste bei Olmütz, die zweite bei Stockerau, und die dritte bei Mollath beginnend, anschließen werden, so ist diese Anschließung natürlich von besonderer Wichtigkeit für diese so weit vorgeschrittenen Unternehmungen. — Wenn auch für den jetzigen Augenblick von einem Anschlusse Oesterreichs an den deutschen Zollverein noch nicht die Rede seyn kann, so hofft man doch diesem wünschenswerthen Ziele sich aufsehnlich zu nähern. Es soll zu diesem Zweck eine allgemeine Revision der Schatzzölle vorgenommen, und diese möglichst mit jenen im deutschen Zollverein bestehenden in Einklang gesetzt werden. So hofft man allmählig die Schranken wegzuräumen, welche demaltes noch den österreichischen Kaiserstaat in kommerzieller Hinsicht vom übrigen Deutschland trennen. (Allg. Z.)

Berlin, 23. Dez. Die Reise des Königs nach England beschäftigt seit einigen Tagen alle Kreise der Gesellschaft, und schon nennt man nicht mehr drei oder vier Personen aus der nächsten Umgebung Sr. Maj. als Begleiter, sondern eine weit größere Zahl, unter welcher sich auch Alexander v. Humboldt und der vor kurzem zum Flügeladjutanten beförderte Graf Büchl befinden. Dies bestätigt, daß die anfängliche Absicht eines Infognito's auf-



gegeben ist, und Se. Maj. mit aller Pracht des Herrschers eines großen Reiches in England erscheinen wird, wo sein Empfang, schon jetzt von der Presse vorbereitet, historisch merkwürdig seyn dürfte, da es zur Ehrensache der Nation gemacht wird. Da der Aufenthalt drei Wochen dauern soll, so glaubt man, daß auch London besucht wird. In Bezug auf den Hinweg ist der Reiseplan, wie man hört, dahin abgeändert, daß nicht Calais, sondern Ostende als Einschiffungspunkt gewählt ist. — Das Ordensfest wird am 16. Januar gefeiert; nach dem alt eingeführten Gebrauch wird auch diesmal eine nicht unbeträchtliche Zahl von Ordensverleihungen stattfinden. — Nach glaubwürdigen Versicherungen wird der Graf v. Moensleben das Ministerium der Finanzen behalten, da Se. Maj. diesen Wunsch ausgesprochen hat und durch Vermittlung des Prinzen von Preußen die Differenzen ausgeglichen sind, durch welche der Minister bewegt ward, seine Entlassung zu beantragen.

**Berlin, 23. Dez.** Bekanntlich haben die preussischen Stände schon mehrfach die Aufmerksamkeit der Staatsregierung auf die verteidigungslose Gränze gegen Rußland gelenkt, wo bis zur Weichselmündung, die durch die Festungen Danzig, Graudenz, und Thorn geschützt ist, Alles einem feindlichen Angriff offen steht. In der polnischen Provinz hat man durch Posen, das, noch im Bau begriffen, zu einer der stärksten Festungen umgeschaffen wird, einen wichtigen Haltspunkt erlangt; nun aber soll auch Ostpreußen einen starken Waffenplatz haben, welcher die Gränze schützen und einen Feind aufhalten kann. Nach vielen Untersuchungen ist dazu die kleine Stadt Liel am Spirdingsee bestimmt worden, wo noch das verfallene Fort Liel auf einer Insel liegt. Wie man vernimmt, sollen die Messungen und ersten Arbeiten im Frühjahr beginnen, die Festung selbst aber ebenfalls eine des ersten Ranges werden. — Auch diese Bauten, wie die andern Zeichen der Zeit, legen unsere so gänzlich veränderte politische Stellung dar. Die Overtfestungen, einst so wichtig für Preußen, sind überflüssig, und ihre kostspielige Erhaltung unnütz geworden, denn Oesterreich ist kein mit Mißtrauen bewachter Nachbar mehr; Schlessen erweckt weder Neid noch Furcht; ein Krieg mit einem deutschen Brudersstaat ist uns kaum mehr begreiflich. Dagegen verstärken wir unsere West- und Nordgränze; — die Westgränze aus wohlbekannten Gründen, indem wir den Blick auf die Vergangenheit richten, die Nordgränze aber, weil eine Zukunft kommen kann, die man seit längerer Zeit ahnt, und welche feste Plätze nöthig macht.

**Vom Niederrhein, 20. Dez.** Man erinnert sich, daß schon früher von belgischer Seite Deutschland Eröffnungen wegen Erleichterung der Handelsbeziehungen gemacht wurden. Damals fanden diese Anträge jedoch wenig Anklang. Mit Vergnügen erzählt man jetzt, daß die belgische Regierung von neuem auf diesen Plan zurückgekommen, und daß derselbe diesmal günstiger aufgenommen worden ist. Unsere Staatsregierung hat vor einigen Tagen die Behörden, besonders die der westlichen Provinzen, so wie die Handelskammern aufgefordert, ihre gutachtlichen Bemerkungen darüber einzuschicken, nach deren Einsicht sie, über den verschiedenen Lokalinteressen stehend, die Gränzen bestimmen wird, innerhalb welcher mit Belgien unterhandelt werden kann. Es ist, wie sich von selbst versteht, von keinem Anschluß an den Zollverein, welcher eben so unstatthaft wäre, als eine Vereinigung Belgiens mit Frankreich, sondern von einem bloßen Handelsvertrag die Rede. Belgien muß denselben um so mehr wünschen, als offenkundig von seinen Unterhandlungen in Paris wenig oder gar keine Resultate zu erwarten sind. Aber auch für Deutschland, und speziell für das Rheinland, namentlich für die Provinzen des linken Ufers, wäre ein freisinniger Vertrag von unerschöpflichen Folgen. Für das letztere, weil dadurch in gewissen Stücken eine Repressalie gegen Holland zur Hand wäre, und auch politisch die Scheidewand erschüttert würde, welche die Revolution am Maasufer errichtet hatte. Für das Rheinland, weil dieses für seine sich immer mehr entwickelnde Industrie einem bequemen Seehafen näher gerückt würde, und einige seiner Gewerbszweige einen größern Markt erhielten. Es ist natürlich, daß ein Vertrag vor Allem den Transit so frei als möglich machen würde, worauf zum Theil schon die Eisenbahn-Verbindung hinweist. (Allg. Zeit.)

**Frankfurt, 25. Dez.** Nachdem die viermonatlichen Ferien der hohen deutschen Bundesversammlung (vom 15. August bis 15. Dezember) abgelaufen waren, fand am 16. Dezember die 24. und am 23. Dezember die 25. diesjährige Sitzung unter

dem Präsidium des königl. preussischen Hrn. Bundestags-Gesandten, Baron Bülow, statt. — Der Marquis von Chasseloup-Laubat, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Sr. Maj. des Königs der Franzosen bei dem Deutschen Bunde, hat dem k. preussischen Gesandten am Bundestage seine Beglaubigungsschreiben übergeben, und darauf am 24. Dezember unsere Stadt wieder verlassen, um sich nach Paris zu verfügen und als Deputirter der Eröffnung der Kammern beizuwohnen. — Der Wirkliche Geheime Rath, Baron Holzhausen, ernannt zum Gesandten Ihrer Durchlauchten der Fürsten von Hohenzollern, Liechtenstein, Waldeck, Reuß, Schaumburg-Lippe, und Lippe (16. Stimme), ist am 23. Dezember durch den Hrn. Baron v. Bülow in die Sitzung der hohen deutschen Bundesversammlung eingeführt worden.

(Frankf. D. V. N. B.)

### Spanien.

In einzelnen Provinzialstädten ist die Stimmung noch immer sehr aufgeregter, und es fallen mehrfache Exzesse vor. So neulich in Alicante, wo bei einer Wahl der Cortesdeputirte Moria Proget mißhandelt und schwer verwundet wurde. Die Behörden sahen sich genöthigt, alle öffentlichen Versammlungen zu verbieten, weil die „Republikaner“, die stets mit Dolchen bewaffnet sind, den „Progressisten“ Rache angedroht hatten. Die Exaltirten haben sich nämlich jetzt in zwei Parteien getheilt, die einander aufs heftigste bekämpfen. — Der Madrider Huracan macht aus den Absichten seiner Partei kein Geheiß, und sagt in einer seiner letzten Nummern geradezu: „Unser Plan geht dahin, die Verfassung von 1837, den Thron, die Regentenschaft, und den Regenten Espartero abzuwerfen. Wir wollen Portugal und Spanien vereinigen, und eine Föderativrepublik begründen.“ — In Barcellona hat bei den Wahlen die konstitutionelle Partei den Sieg behalten.

### Frankreich.

† **Paris, 24. Dez.** In der Beurtheilung Dupoty's steht man vorwiegend ein politisches Bestreben, Tendenzen der Presse zu bestrafen, für welche kein Preßprozeß thunlich gewesen. Die Pariser Blätter sind heute einmal auf seltene Weise einzig in ihren Ansichten; fast sämtliche Zeitungen, gleichviel zu welcher politischen Farbe sie sich bekennen, tadeln das Erkenntniß des Pairsgerichtes. Das Journal des Debats, das Univers, und der Globe schweigen; die Presse aber spricht sich gegen das Erkenntniß aus, und erklärt, daß sie nicht umhin könne, Dies zu thun, so leid es ihr auch sey, gegen die Pairs aufzutreten. Hier aber ständen Grundsätze in Frage, die beachtet zu werden verdienen, und es könne nicht oft genug gesagt werden, daß die Politik keinen Einfluß auf richterliche Entscheidungen haben dürfe. — Die Redaktoren aller in Paris erscheinenden, vom Ministerium unabhängigen Blätter haben gestern Abend eine Versammlung gehalten, in welcher auch mehrere Publizisten aus den Departements zugegen waren, um zu berathschlagen, was unter den obwaltenden Umständen im gemeinschaftlichen Interesse zu thun sey. Es scheint, daß man dem Kabinett noch weitere Pläne gegen die Presse unterlegt. Gewiß ist, daß dieselbe in Folge der neuesten Vorgänge wieder mehr Anklang im Publikum findet, und eine Wichtigkeit gewinnt, deren sie in der letzten Zeit durch ihre Maßlosigkeit und ihre Unspruchbarkeit an praktischen Ideen verlustig gegangen war. — Unter diesen Umständen werden die Kammerstungen wohl lebhafter werden, als sonst der Fall gewesen wäre. — Der Minister der öffentlichen Arbeiten will den Kammern einen Gesetzentwurf über die Regulirung der Ströme, und einen andern über das große Eisenbahn-System vorlegen, mit welchem es endlich Ernst werden zu sollen scheint.

### Italien.

**Rom, 16. Dez.** Nicht Baron Giambello wurde in Civitavecchia verhaftet, sondern der Marchese Falconi, der schon in allen frühern Komplotten kompromittirt gewesen. Er ist bereits nach der Engelsburg gebracht. Die neapolitanische Regierung hatte auf seine Habhaftverdingung als Haupt-Teilnehmer der Vorfälle von Aquila nicht weniger als 4000 Ducat gesetzt. (Allg. Z.)

### Türkei.

Die neueste Nummer der türkischen Zeitung Takwimi Wakaji, vom 10. Scherwal (26. November), enthält nachstehende Notizen: Da der Mufti von Areta diese Insel musterbildig verwaltet, und somit ein besonderer, die finanziellen Angelegenheiten der Insel leitender Desterdar unnöthig geworden, so hat der Sultan den bisherigen Desterdar Salih Bey zu verabschieden und dem erwähnten



Muschir auch die Verwaltung der Finanzen von Areta zu übertragen geruht. Ein Finanzrath ist ihm als untergeordneter Dirigent dieses Verwaltungszweiges aus Konstantinopel zugesandt worden. — Der Direktor der großherrlichen Posten, Ahmed Schukri Bey, besaß zwar das Abzeichen der Würdenträger vom zweiten Rang, aber sein Amt war noch nicht in die großherrliche Rangliste eingetragen. Einem Befehl Sr. Hoh. gemäß ist Dies jetzt geschehen, und der Direktor der Posten rangirt nun mit dem Direktor des Rechnungsbureau's am Handelsministerium. — Da der bisherige Desterdar von Salda (Sidon), Gohem Bey, an das dortige Klima sich nicht gewöhnen konnte und die meiste Zeit krank darnieder lag, so hat der Sultan, einestheils damit die Geschäfte dieses Gjalets nicht ins Stocken gerathen, und andertheils auch, um die Gesundheit dieses Beamten vor gänzlichem Ruin zu schützen, das besagte Amt von seinen Schultern genommen und einen andern fähigen Mann, den Er-Muhassil von Monastir, Hümail Bey, damit begnadigt. — Der zur Strafe seiner Vergehen aus Kjutahie nach Brussa verbannte Nafis Effendi war, wegen schwerer körperlicher Leiden, zu deren Heilung an dem Ort seines Exils nichts Erleichterendes geschehen konnte, um Gnade eingekommen. Ein ähnliches Gnadengesuch hatte seine in Konstantinopel wohnende hochbejahrte Mutter, aus Sehnsucht nach Wiedervereinigung mit ihrem Sohn, eingereicht, und in Gemäßheit eines unter solchen Umständen vom Sultan bekräftigten Gutachtens des Oberjustizkollegiums ist Nafis Effendi nach Konstantinopel berufen worden, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß er hinfür nur in seinem Haus am Bosphorus sich aufhalte und mit Niemanden in Verkehr trete. — An der Stelle des bisherigen Muschirs von Diarbekr, Selerja Pascha, ist Mehmed Wefschih Pascha über dieses Gjalet gesetzt worden. Das Gjalet Konje, dem Lehterer bisher vorgestanden, hat Ibrahim Pascha (nicht der Sohn Mehmed Ali's) erhalten.

### Baden.

Aus Freiburg sind uns von Hrn. Baron Heinrich v. Andlaw folgende Altensstücke zugekommen, um sie durch die Oberdeutsche Zeitung der Oeffentlichkeit zu übergeben:

#### Schreiben

des Freiherrn Heinrich v. Andlaw an Seine Hochwohlgeboren, Hrn. Staatsrath Rebenius in Karlsruhe.

„Hochwohlgeborner Herr Staatsrath!

Man hat mir hie und da die Ehre erwiesen, mich für den Verfasser oder wenigstens Mitarbeiter der vielbesprochenen „Katholischen Zustände“ zu halten.

Ihr Hochwohlg. mir heute übergebene Gegenschrift veranlaßt mich zu der Erklärung: daß ich weder Verfasser noch Mitarbeiter der genannten Schrift bin, und keines der beigedruckten Altensstücke mit meinem oder der Meinigen Wissen und unserer Zustimmung veröffentlicht worden ist. Hätte ich den Verus gefühlt oder die Fähigkeit in mir empfunden, über kirchliche Gegenstände mich in anderer Weise, als von meinem frühern Sitze in der hohen Ersten Kammer auszusprechen, war ich es meiner Stellung und jenen Vorgängen schuldig, meinen Namen einem solchen Werke beizusetzen. — Diesen Verus fühlte ich aber nicht und fühle ihn nicht; diese Fähigkeit besitze ich nicht.

Meine Grundsätze sind bekannt; ich bin nicht gewöhnt, sie zu verleugnen, eben so wenig genöthigt, sie neuerdings darzutun oder zu verteidigen. — Ich billige daher nicht nur jene in genannter Schrift ausgesprochenen katholischen Bestimmungen, sondern halte ich es auch für unrecht, die Absicht des Verfassers zu verdächtigen.

Wenn ich mir die Freiheit nehme, an Euer Hochwohlgeborn ein Schreiben zu erlassen, so hat dasselbe nur den Zweck, Thatfachen zu berichtigen, welche meinem Charakter und meiner Ehre in der Weise, wie sie in Ihrer Schrift dargestellt sind, nachtheilig werden könnten. In weitere Erörterungen glaube ich nicht eingehen zu müssen.

Pag. 119 und 120 werde ich persönlich redend und verlan- gend angeführt. Wie konnte ich als Laie verlangen? Sie erklären zwar pag. 121: ich hätte in einem an Sie gerichteten

Schreiben der Absicht der Unterhandlung entschieden widersprochen. Allein dieses hingeworfene Wort genügt nicht. Nicht nur die Absicht einer Unterhandlung lag mir fern, sondern sogar der Gedanke, in meinem Namen bestimmte Forderungen an die Regierung über kirchliche Gegenstände zu richten.

Es mußte die Sache des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs seyn, die Punkte zu spezifiziren, und es war auch seine Sache. Den genannten Brief habe ich nie gesehen; das spezielle Verlangen, das er enthält, wurde mir theilweise mündlich durch den Hrn. Erzbischoff mitgetheilt.

Ein entgegengekehrtes Handeln würde von meiner Seite ein unverantwortliches Einmischen in Dinge voraussetzen, die mich nicht berührten, eine verbrecherische Bevormundung meines Oberhirten, was Alles nicht nur meinem Sinne, sondern auch meinem Thun gleich fern lag.

Ihr Hochwohlgeb. werden mir nicht verdenken, wenn ich es für gut finden sollte, diesen Brief zur Kenntnissnahme des Publikums zu bringen, so wie jenen, welchen ich im Mai 1839 die Ehre hatte, in Karlsruhe an Sie zu richten, wovon ich das, wie ich glaube, ziemlich wortgetreue Konzept, ohne Datum, zurückbehalten hatte.

Dieser Brief zeigt, daß meine Aeußerungen von 1841 mit jenen von 1839 in vollem Einklange stehen.

Ich habe die Ehre, mit ausgezeichnetster Hochachtung zu verbleiben

Ihr Hochwohlgeb.

gehorsamster Diener

Herr. Heinrich v. Andlaw.

Freiburg, den 13. Dezember 1841.

### Eingang des in vorstehendem Briefe erwähnten Schreibens vom Mai 1839.

Der hochwürdigste Herr Erzbischoff hat mir gestern den Inhalt einer Unterredung mit Euer Hochwohlgeborn mitgetheilt, der mich nicht nur in Erstaunen setzte, sondern zugleich betrübte. — Vor Allem muß ich entschieden den Vorwurf zurückweisen, als sey ich, oder glaube ich mich berufen, über kirchliche Gegenstände mit der Regierung Unterhandlungen zu pflegen. — Der ist etwa Annäherung ein. Euer Hochwohlgeborn bekannter Zug meines Charakters?

Nachdem ich durch eine Reihe zum Theil ganz zufälliger Begebenheiten mich in der Lage befand, zu Wahrung meiner eigenen Ehre, wie zu Erfüllung einer Gewissenspflicht, meine Stimme für eine heilige Sache an einem Orte zu erheben, wo mir das Recht zusteht, sie zu erheben, so folgerte ich hieraus noch nicht das weitere Recht, mit der Regierung selbst hierüber in Unterhandlungen zu treten. Der natürliche Vertreter der katholischen Kirche befindet sich hier. Es sind seine Klagen, es sind die Klagen seines Vorgängers, an welchen mich Bande besonderer Pietät knüpften, es sind die Klagen einer großen Anzahl erfahrener und frommer Männer, welche zum Theil dem Klerus angehören, zum Theil auch nicht, es sind endlich die eigenen Wahrnehmungen entschiedener Wissende, welche selbst den ungeübten Beobachter nicht entgehen können, die mich bestimmen, den Klagen zu erheben, der, abgesehen von seinen Folgen im Innern des Hauses, jedenfalls großen Sympathien außer dessen engen Grenzen bezogen dürfte. — Diese Sympathien zu erwecken, oder selbst nur freundlich anzudeuten, hat an und für sich schon einen ungemessenen Reiz; es reizt sich diese Empfindung, wenn sich ihr die Hoffnung beigesellt, manchen sinkenden Muth etwa neu zu beleben, manchen erlöschenden Oeffner wieder frisch anzufachen! — — — Ich entsage indessen diesem Reiz; dürfte ich aber auch einer Pflicht entsagen, die ich glaube erfüllen zu müssen, wenn meiner Kirche durch Vermittlung ihres Hirten Das nicht würde, was ihr zu ihrem wenigstens nothdürftigen Bestehen in meinen Vaterlande werden muß? Die Regierung gewähre daher, was der Erzbischoff begehren zu müssen glaubt, und ich trete mit Vergnügen von meinem Vorhaben zurück. Ich werde sogar dafür mit innigem Danke gegen die Regierung erfüllt seyn.

Dieser Erklärung lasse ich nur wenige Betrachtungen unter Beziehung auf unser neuliches Gespräch zur dringenden Beherzigung folgen.

(Diese Betrachtungen sind hier der Ausdehnung wegen nicht beigefügt, und haben auf den in Frage stehenden Punkt keine direkte Beziehung.)

Großh. Hoftheater in Karlsruhe.

Dienstag, den 28. Dezember: Der Heirathsantrag auf Helgoland, lebendes Bild in 3 Aufzügen, von L. Schueier.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Giehe.

Drucker und Verleger: A. Knittel.